

29.06.04**Empfehlungen
der Ausschüsse**Fz - K - Wizu **Punkt** der 802. Sitzung des Bundesrates am 9. Juli 2004

Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze

A

1. Der federführende **Finanzausschuss**,
der **Ausschuss für Kulturfragen** und
der **Wirtschaftsausschuss**

empfehlen dem Bundesrat, dem Gesetz gemäß Artikel 105 Abs. 3 und 108 Abs. 5 des Grundgesetzes zuzustimmen.

B

2. Der **Wirtschaftsausschuss**

empfiehlt dem Bundesrat ferner, die nachstehende EntschlieÙung zu fassen:

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Neuregelung des § 8a KStG zur Gesellschafterfremdfinanzierung zu überprüfen. Diese Regelung ist mittelstandspolitisch verfehlt. Es kommt zu einer Besteuerung der Zinskosten, wenn im Rahmen der Gesellschafterfremdfinanzierung ein Anteilseigner einen Unternehmenskredit zur Verfügung stellt oder bei einer Bank dafür bürgt. Damit ist eine untragbare Substanzbesteuerung und ein gravierendes

...

Finanzierungshemmnis verbunden. Die Finanzierung mittelständischer Unternehmen wird flächendeckend beeinträchtigt. Die von der Bundesregierung geplante Abmilderung der neu geregelten Gesellschafterfremdfinanzierung auf dem Verwaltungsweg ist völlig unzureichend. Notwendig ist eine Gesetzesänderung. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, in enger Abstimmung mit der Wirtschaft eine Neuregelung zu suchen, die ausschließlich die bisherigen Missbrauchsfälle erfasst.